

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Bezugspreis: Monatsabonnement M. 2.17 einschließlich
Erbsenlohn. Erscheint täglich werktags.

Tannus-Post—Homburger Lokalblatt

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Luitpoldstraße 28

Anzeigenpreise: Die sechsgepaßte 33 mm breite Kompartimente
koste 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Kleinformat
22 mm breit 50 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39864.

Nr. 296

Donnerstag, den 18. Dezember 1930.

5. Jahrgang.

Preussischer Landtag.

Berlin, 17. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten
Beratung des Etats für 1931.

Die Verbindung der sozialdemokratischen Interpellation über
den sozialistischen Terror mit dem Etat wird beschlossen.
Abg. Kasper (Kom.) erklärt, soeben sei der kommunistische Ab-
geordnete Tunkel von polnischen Polizisten verhaftet worden, weil
auf einer Betriebsversammlung in Königsberg das Mißfallen
an Pilsudski-Anhängern erregt habe. Die kommunistische Fraktion
verlangt, die Regierung möge durch Vermittlung des Auswärtigen
am sofort auf die Freilassung des Abgeordneten hinwirken.
Der Antrag auf Freilassung des Abgeordneten Tunkel wird so-
einstimmig angenommen.

Zur Beantwortung einer Interpellation über die
Wohnungsverhältnisse auf dem Lande
am Ministerialdirektor

Reyer vom Wohlfahrtsministerium das Wort.

Er betont, daß auch Hauszinssteuern zur Besserung der Al-
tenheimen auf dem Lande verwendet werden könnten, und daß
die Gemeindeverbände einen fünfprozentigen Anteil für den
Zweck aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds zu neh-
men berechtigt wären. Es ständen auf diesem Wege Mittel für Dar-
lehen für die Besserung der ländlichen Wohnungsverhältnisse zur
Verfügung, die nur mit 2 Prozent zu verzinsen seien und zehn Jahre
läuften. Die Antwort beruht ferner auf die große Finanznot der
Landgemeinden, die noch wirksamere Maßnahmen im Augenblick verhindere.
In der nun beginnenden Etatsberatung führt
Abg. Sillat (Soz.) aus, der Minister habe in seiner Rede nicht
genügend die große finanzielle Belastung berücksichtigt, die den Ge-
meinden aus der großen Zahl der Wohlfahrtsverbände er-
gehe. Der Stadtrat sei bei seiner Berechnung der Gemeindefin-
den der Wirklichkeit nähergekommen, als der Minister mit seiner
optimistischen Darstellung. Die Notverordnung der Reichsregie-
rung habe manche Schwierigkeiten auch für den preussischen Etat.
Die preussischen Gemeinden müsse aber geholfen werden. Dazu sei
erforderlich eine Abkehr von der jetzt üblichen Methode, dem
Landbesitzer auf dem Lande durch immer wiederholte Erhebungen
die Steuerpflicht praktisch ganz abzunehmen.

Abg. von Winterfeldt (Dnt.) protestiert gegen die Mißhan-
dlung, die von den Polen den Angehörigen der deutschen Minder-
heit zugefügt worden sind. Während Polen die deutschen Interessen
während auf schwerste Verleumdungen, sei das deutsche Volksgesamte
in Polen selber noch immer nicht gekündigt. Der lahmte Protest der
Reichsregierung gegen den polnischen Wahlterror könne niemanden
überzeugen. (Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.) Das noch
nicht ratifizierte deutsch-polnische Liquidationsabkommen müsse jetzt
rückgängig gemacht werden. Die Landwirtschaft ist erregt
über, daß das Dillwerk gelegt worden ist nicht in die Hand eines
Landwirts der Landwirtschaft, sondern des Staatssekretärs Rüger.
Der Vertrag mit der evangelischen Kirche wird immer wieder ver-
weigert, weil das Zentrum und die Sozialdemokraten die Aufnahme
der politischen Klausel verlangen, die für die evangelische Kirche
unannehmbar ist.

Abg. Kasper (Kom.) beantragte, mit der Beratung eine Inter-
pellation zu verbinden, in der es heißt, in letzter Zeit häufen sich die
Fälle, in denen Ueberfälle ausgeführt werden von Nationalsozial-
isten im engsten Zusammenwirken mit der preussischen Polizei.
Mühsam, lang anhaltende Heiterkeit.)

Finanzminister Dr. Köppler-Archibald erwidert dem Abg. von Win-
terfeldt: Sie leugnen, daß ohne die Maßnahmen der Preußenkasse
schmächtlicher Zusammenbruch nicht bloß der Reichseisenbahn-
verwaltung, sondern auch der ostpreussischen Landwirtschaft eingetreten
wäre. Wo würde es möglich sein, daß ein staatliches Geldinstitut
die Geldmittel ausleiht, ohne die Anlegung und Verwendung der
Gelder zu kontrollieren?

Abg. Dr. Feh (Ztr.) führt Beschwerde darüber, daß der Land-
tag über die Gleichstellung der höheren technischen mit den
höheren juristischen Verwaltungsbeamten nicht durchgeführt worden
ist. Wer sein Vaterland liebt, der sollte wünschen, daß sich während
der Weihnachtsferien die Führer der großen Kampforganisationen
zusammensehen und beschließen: Der Kampf zwischen uns soll fort-
gesetzt werden, aber er soll sich in Zukunft in anständigen Formen
abspielen und Stuhlbeine usw. sollen dabei ausgeschlossen sein. Wer
an diese Vereinbarung nicht denkt, ist aus unserer Gemeinschaft
ausgeschlossen und mag sehen, was er bleibt. Eine solche Vereinbarung
würde dem Vaterlande nutzen und unserer braven Schupo das Leben
erleichtern.

Abg. Dr. v. Geyern (D. B.) forderte weitere Abstriche am Etat
und verbat sich in einer Polemik gegen die Staatsrede des Finanz-
ministers die zu enge Auslegung des Begriffs der „verfassungs-
gemäßen Parteien“, denen die Regierungen Dank schuldeten. Schuld
dem Ausgang der Reichstagswahlen trage nicht zuletzt die
preussische Politik, die nicht den Staat, sondern die Partei sich als
Lebensnerv nehme.

Abg. Baedert (Soz.) fragt den Finanzminister, ob die Preußen-
kasse für die Sanierung der Landwirtschaft mehr Geld hergeben
wolle, als sie vom Reich für diesen Zweck erhalten hat.

Abg. Falk (Stp.) betont die Notwendigkeit, angesichts der fort-
währenden Bedrückung des deutschen Volkes die innere Einheit
herzustellen. Dank gebühre der Reichsregierung dafür, daß
den Mut gefunden hat, die Reichsfinanzen zu sanieren.

Die polnische Säbelherrschaft.

Eine Anfrage der Opposition im polnischen Parlament. — Saar-
sträubende Vorgänge im Festungsgefängnis zu Brest-Litowsk. —
Pilsudski fern der Heimat. Der Festungskommandant eine Bestie.

Eine national-demokratische Interpellation.

Im polnischen Sejm kam eine national-demokratische Inter-
pellation zur Beratung, in der gefordert wird, daß diejenigen, die
in Brest die gefangenen Abgeordneten geschlagen hätten, aus dem
Land ausgestoßen werden müßten. Der Redner des Regierungs-
blocks, Oberst Koc, erklärte, daß in Brest wohl alles in Ordnung
gewesen sei, da sich die dort Eingekerkerten nicht beschwert
hätten. Die Dringlichkeit des Antrags wurde dann, wie erwartet,
mit den Stimmen des Regierungsblocks gegen die Opposition
abgelehnt.

Schicksale polnischer politischer Gefangener.

In dieser Anfrage wird die furchtbare Behandlung der im
Militärgefängnis von Brest-Litowsk eingekerkerten oppositionellen
Politiker geschildert. Die Interpellation betont, daß die oppositi-
onellen Führer, die ohne Gerichtsbeschluss auf Verfügung des
Innenministers General Skladkowski verhaftet worden sind, in
geschlossenem Wagen in unbekannter Richtung verschleppt wurden.
Auf der Fahrt wurden sie beschimpft und bedroht. Der sozia-
listische Führer Dr. Liebermann wurde auf dem Wege nach Brest-
Litowsk so lange geschlagen, bis er das Bewußtsein verlor.

Etwas später blieb das Auto in einem Walde stehen, und
Liebermann wurde mit Kolbenköpfen in den Wald getrieben. Im
Walde schlug ihn ein Polizeikommissar zweimal ins Gesicht, so
daß er zu Boden stürzte. Liebermann wurde dann entkleidet und
nochmals derart geschlagen, daß er über 20 blutige Wunden
davontrug. Gleichzeitig rief man ihm zu: „Du hast es gewagt,
deine Stimme gegen den Herrn Marschall zu erheben!“

Im Festungsgefängnis.

Im Gefängnis wurden die Gefangenen von wachhabenden
Offizieren und Gendarmen mit den gemeinsten Schimpfwörtern
belegt. Man hielt sie zu den schwersten Arbeiten an. Liebermann,
Professor Prager und der ehemalige Ministerpräsident Witos
mußten mit Lappen oder mit einem kurzen kleinen Besen, alle
fast mit bloßen Händen, Aborte reinigen und Fußböden scheu-
ern. Dr. Liebermann erlitt bei dieser Arbeit einen Herzanfall.
Wenn die Abgeordneten die Gefängnisordnung irgendwie ver-
letzten, sperrte man sie in finstere Zellen ein, in denen nicht
einmal Käbel für die natürlichen Bedürfnisse fanden. Das La-
ger bestand aus einer Bettstelle ohne Strohhalm mit voneinander-
abstehenden Holzleisten. Als Nahrung erhielten die Gefangenen
nur etwas Brot und warmes Salzwasser.

Ein Sejm-Abgeordneter im Dunkel-Arrest.

Der Abgeordnete Popiel wurde eines Nachts auf Befehl
eines Hauptmanns in einen dunklen Raum gesperrt. Als er
die Schwelle übertrat, wurde er von zwei Gendarmen auf einen
Tisch geworfen. Dann legte man ihm ein nasses Tuch auf den
Häuten und verriegelte ihn mit eisernen Stäben 30 Hiebe. Popiel
erlor dabei die Besinnung.

Nach der Mißhandlung sperrte man Popiel einige Tage in
den Keller ein. Ebenso wie Popiel wurden auch noch Korsant
und der Bauernabgeordnete Baginski verprügelt. Andere Abge-
ordnete wurden barbarisch ins Gesicht geschlagen, wie beispiels-
weise der Ukrainer Rohut. Während des Prügelns wurde kein
der Notar des Wasserwerks in Bewegung gesetzt, um durch sein
Geräusch die Schreie der mißhandelten Opfer zu übertönen.

Der Diktator auf Reif

Der gänzlich entmenschte Oberst Wiernacki, der als Festungs-
kommandant nach Brest-Litowsk kommandiert worden war,
drohte im Namen des Marschalls Pilsudski den öfteren den
Gefangenen mit sofortigem Erschießen. Ueber die Scheinhin-
richtungen, mit denen die Abgeordneten Liebermann und Popiel
gequält wurden, haben wir schon berichtet.

Die Interpellation nennt dann sämtliche an diesen Ver-
letzungen beteiligten Offiziere mit vollem Namen, den Obersten
Wiernacki an der Spitze. Marschall Pilsudski aber, der sich auf
der Reise nach Madeira befindet, wußte von all diesen Abscheu-
lichkeiten, über die er sich täglich berichten ließ.

Die Militärdiktatur unbestritten.

Der Marschall will tatsächlich ein halbes Jahr von Polen
fernbleiben, so daß also hier die Diktatur ohne Diktator herrscht.
Dafür sind noch mehr höhere Stellen mit Generalen und
Obersten besetzt worden. Außenminister Jazewski ist vollkommen
lahmgelegt.

Der Oberst Wed als Vizeminister des Äußeren und der
gängerische und unbedachte Oberst Schädel dirigieren die Of-
fiziell, was bei den jetzigen gespannten Verhältnissen mit
Russland besonders gefährlich ist. Da auch an der Spitze der
größeren Unternehmungen und der obersten Behörden, wie der
Obersten Rechnungskammer, der Landwirtschaftsbank und an-
deren Institutionen Generale und Obersten stehen, so ist die
Herrschaft des Säbels unbestritten.

Spanische Fremdenlegionäre nach Madrid

Unzufriedenheit bei den spanischen Truppen.

Aus Madrid wird gemeldet, daß ein Bataillon spanischer
Fremdenlegionäre und eine Abteilung marokkanischer Zivil-
garde in Algeiras gelandet und nach Madrid beordert worden
sind, um dort die Ordnung zu sichern. Weitere Abteilungen
würden erwartet. Die regulären Regimenter sollen über die An-
kunft der marokkanischen Truppen, die doppelten Sold erhalten,
unzufrieden sein. In Algeiras ist das Standrecht verhängt
worden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Lage in Barcelona ist nach einer Havasmeldung
verhältnismäßig ruhig. Truppen haben die wichtigsten Punkte
der Bannmeile besetzt.

Die Militärbehörden haben die Geschäftsräume der katala-
nischen national-republikanischen Partei Accio Catalana
schließen lassen. Ein Gewerkschaftsführer, der zum Streik auf-
gefordert hatten, sind verhaftet worden. Die Telefonverbin-
dungen mit dem übrigen Spanien sind seit 24 Stunden unter-
brochen.

Meuterei in der spanischen Marine?

„New York Herald“ meldet aus Gibraltar, daß in der spani-
schen Marine eine Meuterei ausgebrochen sein soll. Man be-
hauptet, daß die Marine die revolutionäre Bewegung unter-
stütze. Private aus Madrid erhaltene Nachrichten dementieren
diese Gerüchte nicht. Es werde festgestellt, daß mehrere Flotten-
einheiten in Cádiz und Valencia zu den Revolutionären
übergegangen seien.

Kriegsrecht und Generalfreist.

Havas berichtet aus Madrid: In Barcelona wurde für
fünf verdächtige Regimenter das Kriegsrecht proklamiert. Bar-
celona steht unter dem Kommando von fünf Generalen, die der

Regierung ergeben sind. Die Regierung hat eine Mitteilung
über die Lage veröffentlicht. Danach ist der Generalfreist all-
gemein in folgenden Provinzen: LaCoruna, Huelva, Jaen, Lo-
gona, Navarra, Santander, Biscaya und Saragossa. Teil-
weise herrschen in Cordoba, Granada, Teriza und Sevilla.
Die übrigen Provinzen sollen vom Streik verschont sein.

In manchen Gegenden ist es zu Zwischenfällen gekommen.
In Collofa, Segura (Alicante) und in Elche (Alicante) ver-
suchten Manifestanten, den Straßenverkehr zum Stillstand zu
bringen. Zwischen ihnen und der Polizei gab es Zusammen-
stöße. In Udon ist eine Wendenfeste mit dem Namen Primo de
Rivera von einem Jesuitenloster herabgerissen worden. Die
Täter haben die Fenster des Klosters mit Steinen eingeworfen.
Die Polizei trieb sie auseinander. Einer der Angreifer wurde
getötet. Die Note erklärt zum Schluss, daß der Regierung aus
anfechtigen Gegenden und von vielen Verbänden Zuschriften zu-
gegangen seien, in denen ihr deren Ergebenheit versichert wird.
Die Lage beginnt, so heißt es weiter, wieder normal zu werden.

Major Franco über die Ziele der Aufstandsbewegung.

Der Vertreter der Agentur Havas in Lissabon hatte mit
dem spanischen Fliegermajor Franco eine Unterredung.
Franco erklärte, die Aufstandsbewegung hatte die Ausrufung
der Republik in Spanien zum Ziele, denn das Land brauche
größere Freiheit und könne nicht länger unter einem Regime
leben, das es seit acht Jahren erlitten. Spanien wolle nicht
länger von General Berenguer regiert werden. Spanien werde
auch seinem König die Einmischung in die öffentlichen An-
gelegenheiten nicht verzeihen. Der Aufstand sei jetzt nur auf-
geschoben, denn es handle sich um eine große nationale Be-
wegung, nicht aber um vereinzelte unbefohlene Handstreich.
Er, Franco, und seine Freunde beabsichtigten, Portugal zu ver-

lassen und in ein anderes Land überzusiedeln. Dann würden sie weiter leben. Die künftige Republik Spanien, für die sie kämpfen, könnte nur eine bundesstaatliche Republik sein.

Die einzigen Verantwortlichen für die Vorfälle auf dem Flugplatz „Su den vier Winden“ sei er, Franco, und seine in Portugal befindlichen Freunde. Sie seien nach Portugal geschickt, weil die Bevölkerung von Madrid auf ihre Aufrufe nicht eingegangen sei. Sie hätten nicht gewollt, daß die Soldaten und Arbeiter auf dem Flugplatz „Su den vier Winden“ einer Bestrafung ausgesetzt werden. Die ausländischen Flieger hätten, trotzdem sie an ihren Flugzeugen Bomben befestigt hätten, diese mit Rücksicht auf die Bevölkerung nicht abgeworfen.

Fünftes spanisches Flugzeug in Portugal.

Quabs berichtet aus Lissabon, daß ein fünftes spanisches Flugzeug mit einem Artilleriehauptmann, der an der Aufstandsbewegung beteiligt war, auf portugiesischem Boden gelandet ist.

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Amliche Feier des Reichsgründungs. — Graf Bernstorff berichtet. — Die Reichskanzlei gleicht um.

Das Reichskabinetts hat sich mit der Frage beschäftigt, wie am 18. Januar die 60jährige Wiederkehr der Reichsgründung gefeiert werden soll.

Wie wir hören, ist eine amliche Feier geplant, die etwa denselben Charakter trägt wie die üblichen Verfassungsfeiern am 11. August. Ursprünglich war wohl der Gedanke erwogen, die Ministerpräsidenten der Länder besonders nach Berlin einzuladen; mit Rücksicht auf die Kosten hat man davon Abstand genommen. Die Hauptfeier wird im Reichstag stattfinden, und zwar wahrscheinlich unter Teilnahme des Reichspräsidenten.

Mit der Preisfrage für Markenartikel hat sich das Kabinetts noch nicht beschäftigt, dagegen hat Graf Bernstorff in einer Ministerbesprechung über die Abrüstungsverhandlungen berichtet. Die Besprechung galt naturgemäß der Vorbereitung der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Vor Weihnachten wird nun am Freitag noch eine Kabinetts-sitzung stattfinden. Es wird nicht nur die letzte dieses Jahres sein, sondern auch die letzte in dem alten Gebäude der Reichskanzlei. Zwischen Weihnachten und Neujahr wird der Erweiterungsbau bezogen werden, der nun fertiggestellt ist.

Aus dem Preisentw.-Auschuß.

Keine neuen Maßnahmen vor Weihnachten.

An der Sitzung des Preisentw.-Auschußes der Reichsregierung nahmen teil außer dem Reichskanzler, Reichsbankpräsident Dr. Luthke, die Reichsminister Dietrich, Wirth, Stengerwald und Schiele, der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, Staatssekretär Trendelenburg, der preussische Handelsminister, Schneider, der Präsident des Deutschen Städtetags Dr. Mülert. Wie wir erfahren, hat der Auschuß sich zunächst über die Entwicklung der Lebensmittelpreise Bericht erstatten lassen. Die drei Hauptprobleme, die noch behandelt werden müssen, sind die Preise für Eisen, Markenartikel und Arzneimittel.

Die Beratung bezog sich hauptsächlich um die Preise der Markenartikel. Wenn ein Beschluß noch nicht gefaßt wurde, so hat das seinen Grund darin, daß der Auschuß eine Entscheidung über dieses Gebiet der Preisbildung wenige Tage vor Weihnachten nicht für angebracht hielt. Man kann aber wohl annehmen, daß die Aktion im Januar gerade im Hinblick auf die Markenartikel erneut fortgeführt werden wird. Die Maßnahmen, die zu einer Senkung der gebundenen Preise führen können, sind außerdem unter Umständen einschneidender Art, und schon deshalb wird der Auschuß vielleicht die letzte Entscheidung dem Kabinetts überlassen.

Hafenbau unter Staatskontrolle.

Ein Erlaß des preussischen Handelsministers

Der preussische Handelsminister Dr. Schreiber hat an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, an den Berliner Vollzugspräsidenten, an die preussische Strombauverwaltung und die Verwaltung der märkischen Wasserstraßen in Potsdam ein Schreiben gerichtet, nach dem alle Erweiterungs- und Neubauten der preussischen Häfen einem einheitlichen Programm unterworfen werden sollen. Die bisherige Entwicklung des Hafenbaues, die mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Verkehrslage in Widerspruch steht, solle angehalten und alle zukünftigen öffentlichen Bauvorhaben auf diesem Gebiete sollten einer Kontrolle durch das Ministerium unterworfen werden.

Der Handelsminister fordert, daß künftighin alle von privaten und öffentlichen Stellen verfolgten größeren Hafenbauten zur Kenntnis des Ministeriums gelangen, daß insbesondere diejenigen Bauvorhaben, die öffentliche Mittel erfordern, an zentraler Stelle von allgemeinen volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Standpunkten eingehend geprüft werden müssen. Die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sollen über solche Vorhaben rechtzeitig Bericht erstatten.

Eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 18. Dez. Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, ist auf seinen eigenen Wunsch vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen worden. In der längeren Unterredung wies Abg. Dingeldey insbesondere auf den von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gestellten Antrag hin, in dem bekanntlich weitere Ersparnisse im Reichshaushalt für 1931 gefordert werden. Dieser Antrag sei auf Grund sorgfältiger Erwägungen über die gesamte finanz- und wirtschaftspolitische Lage gestellt worden und beruhe den bestimmten Wunsch der Deutschen Volkspartei aus, unter allen Umständen den neuen Reichshaushaltsplan vor jeder Gefahr zu bewahren. Die Deutsche Volkspartei sehe die innen- und außenpolitischen Folgen einer durch Konjunkturschwankungen eintretenden Gefährdung des Reichshaushalts als so schwerwiegend an, daß sie unbedingt auf der rechtzeitigen gesetzlichen Sicherstellung der von ihr beantragten Einsparung bestehen müsse.

Die Besprechung ist nicht endgültig abgeschlossen, vielmehr sind noch für die Zeit nach Neujahr weitere Besprechungen über diese und die schwebenden Fragen der Gesamtpolitik vorgesehen.

Was wird aus dem Kabinetts Steeg?

Die Folgen einer sozialistischen Unterstufung.

Die nationalsozialistische Zeitung „Völkische Beobachter“ will erfahren haben, daß, wenn am Donnerstag in der Kammer die Sozialisten für das Kabinetts Steeg stimmen sollten, wenigstens zwei Mitglieder der Regierung, nämlich der Unterstaatssekretär im Innenministerium Coby und der Pensionsminister Thoma, zurücktreten werden, weil sie nicht einer Kombination angehören, die sich auf das ehemalige Kartell der Nation stützt. Sie hätten sich in diesem Sinne mehreren Mitgliedern ihrer Fraktion (Linksrepublikaner) gegenüber geäußert.

Das gleiche Blatt glaubt anknüpfen zu können, daß, falls der Regierung das Vertrauen der Kammer ausgesprochen wird, drei neue Unterstaatssekretäre ernannt werden, nämlich Adolphe Chéron (Radikale Linke) zum Unterstaatssekretär für körperliche Erhaltung — nachdem Frédéric Brunet, der zur Zeit dieses Unterstaatssekretariats zugleich mit demjenigen für technische Unterweisung verwaltet, das erstere abgegeben haben wird —, Abgeordneter Jacques Stern (Linksrepublikaner) zum Unterstaatssekretär im Marineministerium und Abgeordneter de Chappedelaine (Radikale Linke) zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium als Nachfolger des zurückgetretenen Abgeordneten Barby.

Beseitigung der Erwerbslosigkeit in Rußland.

Neuregelung der Verteilung der Arbeitskräfte.

Die Sowjetregierung veröffentlicht ein Dekret über eine neue Regelung der Einstellung und der Verteilung der Arbeitskräfte. Das Dekret stellt eine völlige Beseitigung der Erwerbslosigkeit in der Sowjetunion fest, die der erfolgreichen sozialistischen Industrialisierung und dem raschen Kollektivierungstempo zu verdanken sei, und weist darauf hin, daß der weitere wirtschaftliche Fortschritt des Landes nicht nur die Vorbereitung bedeutender Cadres von Qualitätsarbeitern erfordere, sondern auch deren planmäßige Verteilung. Die Regierung überträgt diese Aufgabe den Organen des Arbeitskommissariats. In dem Dekret ist eine Reihe wesentlicher Bestimmungen für die Arbeiter, Techniker und Ingenieure vorgesehen, die sich entweder durch Strohtruppelarbeit oder Erfindungen und wertvolle Betriebsneuerungen ausgezeichnet haben. Gleichzeitig werden die Personen, die ohne zwingenden Grund eine Tätigkeit in ihrem Fach ablehnen, sechs Monate lang aus den Ehrendokumenten der Organe des Arbeitskommissariats gestrichen.

Politische Tageschau

— Ostpreussische Behörden und Landwirtschaftlicher Zentralverein. Nachdem der Hauptvorstand des Landwirtschaftlichen Zentralvereins Insterburg den staatlichen Stellen gegenüber sein Bedauern über die Vorgänge bei der Mitgliederversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins Insterburg am 10. Dezember ausgesprochen und Erklärungen abgegeben hat, sind die amtlichen Beziehungen zwischen den staatlichen Stellen der Provinz und dem Landwirtschaftlichen Zentralverein Insterburg wieder aufgenommen worden.

— Lord Cecil über die Genfer Abrüstungsverhandlungen. In einer Rede vor dem Völkerbundsausschuß des Parlaments im englischen Unterhaus gab Lord Cecil einen ausführlichen Bericht über die Entscheidungen der vorbereitenden Abrüstungskommission. Er sagte, er wolle nicht verhehlen, daß eine Beschränkung lediglich des Militärbudgets aus diesen Gründen unbefriedigend sei. Immerhin sei ein gewisser Rahmen geschaffen worden, der die Möglichkeit für eine beträchtliche Verringerung der Rüstungen enthalte. Jetzt komme es darauf an, welche Länder dazu bereit seien; ebenso sei es wichtig, daß Großbritannien in dieser Angelegenheit die Führung übernehme.

— Eine Erklärung des Prinzen von Wales an den britischen Handel. Der Prinz von Wales hielt in der Guild Hall in London bei einem von Vertretern des Handels gegebenen Essen eine Rede, die durch den Rundfunk verbreitet wurde. Darin sagte er u. a.: Hier in der Guild Hall, wo mein Vater vor 25 Jahren England zurief: „Erwache!“, richte ich an die Führer des britischen Handels den Aufruf: „Werbet vollkommen wach!“ Erwidert sorgfältig und dann handelt mit Entschlossenheit! Ich vertraue darauf, daß der britische Handel, wenn Sie dies tun, seine alte Stellung auf den Märkten der Welt sich wieder erobern und aufrecht erhalten wird.

— Das Alkoholverbot in Amerika verfassungswidrig? Der Bundesbezirksrichter Elard in Newark (New Jersey) hat eine Entscheidung gefällt, wonach die 18. Verfassungsergänzung, die das Alkoholverbot enthält, ungültig sei. In der Begründung zu dieser Entscheidung heißt es, eine Ergänzung zur Verfassung könne nur von einem verfassungsmäßig eingesetzten Kongress, aber nicht von den gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Staaten ratifiziert werden. Richter Elard beruft sich dabei auf etwa hundert Autoritäten.



Italiens Geschwaderflug über den Ozean. Der italienische Luftfahrtminister Balbo, der den Flug leitete, bei einer letzten Besprechung mit den Piloten.

Eine Entschleifung der Zentralfelle für studentische Völkerbundarbeit.

Berlin, 18. Dez. Die Zentralfelle für studentische Völkerbundarbeit in Deutschland sagte einstimmig mit den Stimmen der Vertreter der deutschen nationalen Studentenschaft, des Reichsausschusses der Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei, des Reichsverbandes deutscher Zentrumsstudenten und des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Studenten und der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs folgenden Beschluß: Die Verhandlungen und Beschlüsse der vorbereitenden Abrüstungskommission beim Völkerbund müssen den schärfsten Protest aller Deutschen und aller Völkerbundfreunde herausfordern. Das Versagen der Abrüstungskommission, die die Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung in ihr Gegenteil verkehrt hat, ist geeignet, den Glauben an die Wirksamkeit des Völkerbundes auszuhebeln und zu erschüttern. Die übermächtigen Rüstungen Frankreichs und der meisten übrigen europäischen Staaten, denen ein völlig abgerüstetes Deutschland gegenübersteht, gefährden die Sicherheit und die friedliche Entwicklung Deutschlands und Europas. Die in der Zentralfelle für studentische Völkerbundarbeit vereinigte Studentenschaft protestiert daher im Interesse der Völkerbundarbeit gegen die Beschlüsse der vorbereitenden Abrüstungskommission, die gegen die vertraglich festgelegte, durch Deutschlands Entlassung eingeleitete allgemeine Abrüstungsbefristung und damit gegen den Gedanken des Rüstungsausgleichs verstoßen und Deutschland als ein Völkerbundsmittglied minderen Rechts erscheinen lassen.

Große Zerstörungen an Fernleitungen

Berlin, 18. Dez. Umfangreiche Zerstörungen sind in der vergangenen Nacht von Kupferbleiben auf der Strecke zwischen Bernau und Melchow an der Stettiner Bahn angerichtet worden. Es wurden in einer Ausdehnung von zwei Kilometern von 38 Telegraphenstangen die Brongebäude der Fernleitungen abgebrochen. Die Drähte haben ein Gesamtgewicht von über 30 Zentner. Es scheint, daß verschiedene Bäume sich zusammengelenkt haben, denn es ist ausgeschlossen, daß wenig Personen die riesenmenge Draht hätten fortzuschleppen können. Brongebäude von der Art, wie er zu Fernleitungen benutzt wird, kommt niemals in den Handel. Auch die älteren Drähte, die durch neue ersetzt werden, verkauft die Post nicht, sondern schmilzt sie ein. Da die Diebe damit rechnen dürfen, für die Drähte in ursprünglicher Form einen Abnehmer zu finden, müssen auch sie über eine Schmelze verfügen.

Die Vorlage über die Ministergehälter in Braunschweig angenommen.

Braunschweig, 18. Dez. Im Landtag wurde das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Minister mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gegen die Abgeordneten der bürgerlichen Einheitsliste angenommen. Das Gesetz beseitigt die Pensionsberechtigung der Minister und setzt die Ministergehälter auf 12 000 Mark jährlich fest (gegen 18 000 Reichsmark bisher). Ein Antrag der Bürgerlichen, das Gehalt auf 16 000 Rmk. festzusetzen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde ferner eine Entschleifung, das Staatsministerium zu verlassen, eine Vorlage zu machen, durch die die Gehälter der Beamten so weit herabgesetzt werden, daß sie zu den Amtsbezügen der Minister in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Der Zusammenstoß der „Bremen“ mit dem „Britisch Grenadier“. London, 18. Dez. Der Britische Admiralitätschef beschloß, sich mit dem Zusammenstoß des deutschen Dampfers „Bremen“ mit dem englischen Deltanachtschiff „Britisch Grenadier“ bei Dungeness am 24. April dieses Jahres und stellte fest, daß die Führung beider Schiffe an dem Zusammenstoß die Schuld trage. Beide Schiffe sind in höchstem Maße nach der Auffassung des Gerichtshofes zu schnell gefahren.

Eine neue Regierung in Guatemala?

Reinhardt, 18. Dez. Nach Privatmeldungen aus Guatemala ist dort eine provisorische Regierung gebildet worden, als deren Präsident Manuel Orellana auserkoren ist. Der frühere Kriegsminister soll bei dem Umsturz ums Leben gekommen sein.

Berlin, 18. Dez. Die durch verschiedene Blätter gegangene Nachricht, daß Reichsinnenminister Dr. Wirth dem bremischen Senat die Spernung der Polizeikassen angeordnet habe, trifft wie wir aus unterrichteten Kreisen des Reichsinnenministeriums erfahren, nicht zu. Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit um eine interne Meinungsverschiedenheit innerhalb der bremischen Regierung über die Frage des Pensionsalters der Polizeibeamten. Reichsinnenminister Dr. Wirth hat ohne in diese Meinungsverschiedenheit eingzugreifen, in einem Schreiben an die bremische Regierung lediglich auf die Richtlinien für die Polizeiverwaltungen hingewiesen.

Großer Wasserrohrbruch

Berlin, 18. Dez. Unter dem Fahrdamm der Potsdamer Straße, die eine Hauptverkehrsader Berlins darstellt, brach heute früh kurz vor 8 Uhr ein Wasserrohr. An der Bruchstelle wurde das Holzpflaster durch den Druck der austretenden Wassermassen zertrümmert, und die Fluten ergossen sich über den Fahrdamm. Die Polizei sperrte die Straße zwischen Potsdamer Brücke und Eichhornstraße für den gesamten Verkehr und leitete ihn um. Der Fußgängerverkehr konnte auf einer Straßenseite aufrechterhalten werden. Die Umleitung des Verkehrs hatte größere Störungen zur Folge.

Studienreise Heyes nach Westindien.

Hamburg, 18. Dez. Generaloberst a. D. Heyes wird am 20. Dezember mit dem Motorschiff „Veit“ der Horn-Union eine Studienreise nach Westindien antreten.

Verurteilung ungetreuer Bankkassierer

Coburg, 18. Dez. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte den früheren Direktor der Vereinsbank Coburg G. m. b. H. Arno Krauß zu 15 Monaten Gefängnis und 2000 RM. Geldstrafe, den Direktor Hans Mayer, ebenfalls von der Coburger Vereinsbank, zu zehn Monaten Gefängnis und 1000 RM. Geldstrafe. Beide Verurteilten haben durch falsche Buchungen die Bank um mehr als 180 000 RM. geschädigt. Der Staatsanwalt hatte für Krauß zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und 5000 RM. Geldstrafe, für Mayer 18 Monate Gefängnis und 2100 RM. Geldstrafe beantragt. Das Gericht lehnte in seinem Urteilsspruch den Antrag des Staatsanwalts ab.

Mus Bad Kumburg u. Umg.

Der Ladenaufschluß am Heiligabend.

Eine Pöde im Geseh. — Es bleibt aber 17 Uhr.

Das vom Reichstag beschlossene Gesetz über den Geschäftsaufschluß am Heiligabend kann, wie jetzt bekannt wird, in diesem Jahre noch nicht in Kraft treten, da eine Bestimmung darüber fehlt, daß es mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt. Für dieses Gesetz besteht daher zur Zeit die übliche Regelung, daß es 14 Tage nach seiner Verkündung in Kraft tritt. So daß es für das diesjährige Weihnachtsfest zu spät gekommen ist.

Wie von zuständigen preussischer Seite dazu erklärt wird, beabsichtigt das Staatsministerium, Schritte zu ergreifen, um die Bestimmungen für das Gastwirtschaftsgewerbe, die den Geschäftsaufschluß am Heiligabend um 19 Uhr vorsehen, durchzuführen. Am Ladenaufschluß ändert sich nur wenig, da auch das bisher gültige Gesetz einen 17-Uhr-Ladenaufschluß vorseh.

Bei Dorini. Wieder einmal gab ein Zauberhändler im Kurhaus eine Vorstellung. Dorini, der am Heiligabend in Anwesenheit eines zahlreichen Publikums seine geheimen Künste vorführte, kann man zu den stärksten Leuten seines Fachs zählen. Doch er mit „geheimen Mächten“ nicht in Verbindung steht, gibt er keine weiteren zu. Nur läßt er die Frage offen: „Wie das Ding gedreht wird“. Jedenfalls: Man launte und guckte sich. Und das war ja auch schließlich die Hauptache.

Kurhausbad. Wegen der Feiertage in der nächsten und übernächsten Woche tritt eine Verschiebung der Badeschlüsse ein. Das Kurhausbad wird in diesen beiden Wochen jeweils Montag, Mittwoch und Sonnabend geöffnet sein. Montags und Mittwochs sind die Badeschlüsse von 9—1 Uhr, Sonnabends wie üblich von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Von den Quellen. Während der Feiertage, und zwar Donnerstag, den 25., Freitag, den 26. Dezember, Donnerstag, den 1. Januar, sind die Trinkstunden wie folgt festgelegt: vormittags von 8—10 Uhr, nachmittags von 3—5 Uhr. — Von Sonnabend, den 20. d. Mts., ab, steht den Kurgästen die Gläserhalle als geheiligte Trinkhalle während der Brunnentagen zur Verfügung.

Im Dienste der Allgemeinheit. Bei freiem Eintritt veranstaltet die Kurverwaltung kommenden Montag Weihnachtskonzerte. Im Mittelsaal wird die Feuerwehrkapelle konzertieren, während im Weißen Saal die Kapelle Burkart mit Weihnachtsliedern aufwarten wird. Näheres morgen im Anzeigenblatt dieser Zeitung.

Kumburger Weihnachts-Markt. Heute und morgen findet auf dem Marktplatz der traditionelle Weihnachtsmarkt statt, der diesmal besonders reichlich besucht ist; denn die angrenzende Böwengasse ist ebenfalls in das Bereich der Budenverkäufer einbezogen worden. Die festgebundenen Waren sind nicht teuer. Ausrufes werden diese Tausche mit lauter Stimme. Hoffentlich hat's Zweck.

Allgemeine Oriskrankenkasse Bad Kumburg. In der Zeit vom 8. 12. — 14. 12. ds. Js. wurden von 225 erkrankten und erwerbsunfähigen Kassenmitgliedern 164 Mitglieder durch die Kassenärzte behandelt, 49 Mitglieder wurden im hiesigen allg. Krankenhaus und 12 Mitglieder in auswärtigen Heilanstalten versorgt. Für die gleiche Zeit wurden ausgezahlt: 755.89 Mk. Krankengeld. — Mk. 341.80 Wochengeld: Mk. 90 — Sterbegeld. Mitgliederbestand: 4106 männliche, 3365 weibliche. Sa. 7471.

Arbeitsunfähige Mitglieder sind verpflichtet sich spätestens am 3. Tage ihrer Erkrankung bei der Kasse krank zu melden.

Seinen 80. Geburtstag feiert Samstag, den 20. Dezember, in bewundernswürdiger Frische Herr David Sulmann, wohnhaft Wallstraße 11. Wir gratulieren.

Sal das Christentum in unserer Zeit verlag?

So lautete das Thema des letzten religionswissenschaftlichen Vortrages vom Sonntag, den Herr Vater Kasper S. J. hielt. Wie lautete des Vaters Antwort? Die christliche Religion will die gottgegebene Macht sein, die die Menschen zu echter Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Stillsamkeit erziehen soll. Nun hat aber die Kirche, das Christentum die unchristlichen Greuel und Ungerechtigkeiten des Krieges und der Nachkriegszeit in Politik, Wirtschaft und sittlicher Lebenshaltung nicht verhindert. Deshalb, so sagen die Gegner, hat das Christentum verlag, wie jener Erzieher verlag, dessen Zöglinge trotz langer Erziehung nicht geredet sind. Diese Anklage ruht auf falschen Voraussetzungen. Die Religion kann die Menschen nicht mit Gewalt zwingen, gegen ihren Willen gut zu sein, gerecht zu sein und keine Kräfte zu führen. Das kann nicht einmal Gott. Sonst würde Gott ja dem Menschen den freien Willen nehmen, das hohe Gut des Menschen. Die Kirche ist also auf die freie Mitwirkung des Menschen angewiesen. Wo diese verlag, kann der beste Erzieher nicht helfen. Die zweite falsche Voraussetzung ist die, daß die Menschen von Natur aus gut seien und sich gern und leicht zu sittlicher Höhe führen ließen. Das Gegenteil ist wahr. Wer sich kennt, weiß, daß wir Menschen alle sehr erblich belastet sind, daß, wie es in der Heiligen Schrift heißt, des Menschen Wille zum Bösen geneigt ist von Jugend an, daß in uns ein anderes Gesetz ist, das dem Gesetz des Geistes widersteht. Wer sich über das Verlagen der Menschen wundert, der kennt sich selbst nicht, oder will sich nicht kennen. Wie lautet also die Antwort? Nicht das Christentum hat verlag, nein, die Christen haben verlag. Welche Christen? Die lauen, die schlechten, die bösen, die abgefallenen, die ausgesprochenen Gegner der Religion, die haben verlag, die sind die Hauptschuldigen an unserm Unglück. Die Menschen haben verlag. Aber das Christentum hat sich gerade mitten in diesem Menschheitsverlagen als Erzieherin der Menschheit bewährt. Sie hat es nie unterlassen, sich gegen die ganze moderne, gottfeindliche, unchristliche Welt mit ganzer Kraft für die Beobachtung aller sittlichen Gebote und Grundsätze Christi einzusetzen. Wie steht da mitten im Taumel des Kriegeschauspiels der große Friedenspapst Benedikt XV. Er hat für einen gerechten Frieden gearbeitet, obwohl er dafür von allen Seiten mit Tadel überschüttet wurde. Die Mohammedaner selbst haben ihm ein Denkmal errichtet, das die Aufschrift trägt: Dem großen Wohltäter der Menschheit. Ja, die Kirche ist auch heute noch das große Weltgewissen, deren Stimme wir nur zu folgen brauchen, um zu wahrem Frieden zu gelangen. Sal die Kirche verlag? Die Religion hilft heute noch allen, die sich ihr anschließen, mitten in Verheerung, Verführung und Verblüffung durch wirtschaftliche Not, wo alle anderen Weltanschauungen verlagen, gute Christen zu bleiben. Schaut auf Sakramentenempfang, Tergillen, Missionen. Schaut auf das kirchliche Vereinswesen. Schaut auf der Kirche eigenes Gebot, auf die kirchliche Caritas. Wem gilt die denn besonders, gilt sie nicht insbesondere der armen arbeitenden Bevölkerung. Und da wagt man zu sagen die Kirche habe verlag, dem arbeitenden Volk, dem Arbeiter gegenüber? Mitten in der Verderbnis unserer Tage blüht, ja ich sage blüht echte christliche Heiligkeit. Man lese das Buch von Vater Kempf: „Die Heiligkeit der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert“. Beispiele heroischer Heiligkeit bis in unsere Zeit. Tunderle, laufende heiliger Männer und Frauen, Junglinge und Jungfrauen, heilige Bettler, Arbeiter, Könige, heilige Bekenner und Märtyrer. Wir Christen, folgen wir deren Beispiel, und wir würden auch heute noch die Welt überzeugen, daß die Welt nur in Christus erneuert werden kann. —g.

Aus dem Kumburger Gerichtssaal. In der gestrigen Gerichtsverhandlung führte Amtsgerichtsrat Dr. Conken den Vorsitz; die Anwaltschaft vertrat Justizinspektor Schneider. Es standen 7 Strafsachen an.

Uebertretung der Verkehrsordnung. Der Führer eines Kreisautos soll am 22. Oktober um 18 und 18 Uhr an der Haltestelle „Am Markt“ den polizeilichen Anordnungen nicht Folge geleistet haben. Gegen die dieserhalb erhaltene Polizeistrafe von 5 Rmk. erhob der Autobusführer Einspruch. Die Verhandlung endete mit dem Freispruch des Angeklagten. Die Polizei habe dem Kreisauto in der Nähe des Markts einen Halteplatz zugebilligt, folglich müsse sie auch dafür sorgen, daß derselbe bei der Ansahrt des Kreisautos auch frei sei.

Uebertretung der Polizeistunde. Wegen dieses Delikts, begangen in der Nacht vom 31. August 1930, hatte ein hiesiger Gastwirt eine Polizeistrafe von 20 Rmk. erhalten. Er hatte Gäste bis morgens 3.30 Uhr in seinem Lokal gebudelt und bewirtet. Der Wirt erklärte, er habe hierzu die polizeiliche Genehmigung gehabt. Die Beweisaufnahme ergab, daß er dieselbe übertreten hatte. Es kam zur Befriedigung des Polizeimandats.

Wegen groben Unfugs und sonstgehehen Schandallens erhielt ein Kirdorfer Schuhmacher eine dreitägige Haftstrafe. In Anbetracht des hohen Alters des Angeklagten milderte das Gericht die Strafe und kam zu einer Verurteilung von 3 Rmk.

Der nächste Fall wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen verlag.

Verstoß gegen die Jagdverordnung. Ein Obersiedler Schärer hatte am 12. Oktober seinen Schäferhund unbeaufsichtigt in der Feldmark umherlaufen lassen. Der Hund soll ein Stück Wild bis in den Staatswald verfolgt haben. Der Angeklagte war schuldig im Sinne des Erbschuldenspruchs. Die Polizeistrafe wurde vom Gericht auf 3 Rmk. herabgemindert.

Freispruch erfolgte im nächsten Falle. Hier wurde einem Gastwirt aus Seulberg Uebertretung der Polizeistunde vorgeworfen. Der Angeklagte, der dieserhalb mit einer Polizeistrafe von 30 Rmk. bedacht wurde, erklärte, er habe seine Gäste nach 1 Uhr in seine Wohnung genommen. Das Gegenteil konnte nicht bewiesen werden.

Diebstahl. Ein Arbeiter aus Köppern, hatte gegen einen amtlichen Strafbescheid von 30 Mk. bezw. 6 Tage Gefängnis Berufung eingelegt weil ihm zur Last gelegt wurde am 17. Sept. 1930 in Köppern eine Valise von einem Fahrrad entwendet zu haben. Diese Angelegenheit wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen auf unbestimmte Zeit verlag.

Der Deutsche Reichspostkalender ist soeben in driller Folge erschienen. Wie seine Vorgänger will er die breite Öffentlichkeit über die vielfältigen Einrichtungen der Deutschen Reichspost aufklären, der Postkundschaft die zweckmäßigste, bequemste und wohlfeilste Ausnutzung der gebotenen Verkehrsmöglichkeiten erläutern und darüber hinaus ganz allgemein die Bedeutung des Verkehrswezens für die Volks- und Weltwirtschaft zeigen. Besonderer Wert ist wiederum auf gediegene Aufmachung, reichen künstlerischen Schmuck, klaren und knappen Text sowie leicht lesbaren Druck gelegt worden. In dieser Beziehung bietet der Kalender, der in Großformat gehalten ist, das Beste vom Besten. Die Anschaffung des Deutschen Reichspost-Kalenders für 1931, der eine Fülle von Anregung und Belehrung spendet und vorzüglich geeignet ist, den Sinn für die Zusammenhänge von Verkehr und Wirtschaft zu schärfen, kann daher warm empfohlen werden.

Kirchliche Anzeigen.

Israelitische Gottesdienst.

Samstag, den 20. 12. 30. Vorabend 4¹⁵; morgens 9, Neumondstag Nachmittags 3³⁰; Sabbatende 5³⁰; Werktag morg. 7¹⁰, abends 4³⁰ nächsten Samstag Gottesdienst in der Synagoge.



Für 20 Pfennig bekommen Sie Ata

Henkel's ausgezeichnetes Putz- u. Scheuermittel in der praktischen Streuf Flasche.

Warum mehr anlegen? Lassen Sie Ata noch heute holen, wenn Sie es nicht kennen! Für wenig Geld und ohne große Mühe schafft Ihnen Ata blitzende Reinlichkeit in Küche und Haus. Ata ist zuverlässig, es schmiert und schrammt nicht, sondern sichert schonendste Behandlung aller Gerätschaften. Ein Versuch beweist es Ihnen.

putzt und scheuert alles

Hergestellt in den weltbekannten Persilwerken.

Kennen Sie schon das jüngste Erzeugnis der Persilwerke: Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel?

Für die Weihnachtsbäckerei kaufen Sie bei uns am billigsten!

Als Beweis:

Butter

Blockbutter	1/2 Pfd.	78.-
Holl. „	1/2 Pfd.	83.-
Feinste Teebutter	1/2 Pfd.	90.-

Eier

Große Enteneier	m. dunkl. Dottern für die Weihnachtsbäckerei vorzügl. geeignet 10 St.	1.18.-
Große Holl. Siedeeier	„	1.38.-

Käse

Bollf. saftig. Schweizerkäse	1/4 Pfd.	30.-
Bollfetter Zilsiter	1/4 Pfd.	25.-

Fette

Reines deutsches Schweineschmalz	1 Pfd.	80.-
Reines Cocosfett	1 Pfd. Taf.	43.-
Reine Tafelmargarine	1/2 Pfd.	24.-

Hausfrauen deckt Euren Bedarf für das Weihnachtsfest bei uns, und Sie werden dadurch viel Zeit sparen können u. wir sind überzeugt, daß Sie dauernder Kunde bleiben.

Eier-Henne

Luisenstraße 22

Telefon 2270

Seule eintreffend:
frische Seelische.
Marinaden. Räucher-
waren in großer Auswahl
gebäckene Fische
zu billigsten Preisen
Wilh. Feld
Marktlaube. Telefon 2758

Zum Flechten von Hochstühlen
sowie Anfertigen und Repara-
turen von Stühlen und Stuhl-
möbeln aller Art empfiehlt sich
Karl Arnold
Korbmacher, Brendelsr. 49
Sachen werden abgeholt, Post-
karte genügt.

Ladenlokal

m. 4-6-Zimmer-Wohnung
und möglichst auch mit
großer, heller Werkstatt,
baldigst zu mieten gesucht.
Schriftliche Angebote unt.
N. N. 350 mit äußerstem
Preis befördert d. Gesch.
dieser Zeitung.

Schreibmaschine ORGA-PRIVAT

mit Universal-Tastatur und
Metall-Schreibkassette, wenig
gebraucht, sehr gut erhalten,
für nur 145.-. Auch zu
verkaufen. — Auf Wunsch
Teilzahlung. Wo, sagt die
Geschäftsstelle d. Z.

Wer verkauft sein Haus

evtl. mit Geschäft oder sonst
Anwesen hier od. Umgebung?
Nur Angebote direkt vom
Besitzer unter N. 74 an den
Verlag „Vermiet. u. Ver-
kauf. Zentrale“, Frankfurt
a. M., Goetheplatz 22.

Suchen Sie Geld?

dann wenden Sie sich persön-
lich zw. kostenl. Auskunft an:
Stern, Frankfurt a. M.
Mainluststr. 16 II
Telef. Senkenberg 32572.

4-6-Zimmer-Wohnung

mit Küche, Bad und Fußboden, in guter Wohnlage
wird von kleiner, ruhiger Familie zum 1. Jan. ar
1931 bezw. später zu mieten gesucht. Ausführliche
schriftliche Angebote mit äußerstem Festpreis erbitte
unter Chiffre 300 an die Geschäftsstelle d. Z.

Das praktische Weihnachts-Geschenk
ist eine vornehme Photographie!
Aufträge werden bis 22. Dez. entgegen genommen.
Photograf Stegmann Atelier
Am Schloß Dannhof
Herrengasse 1

LINGEL
16.60
NUR HERREN-
SCHUHE
IHR NÄCHSTER
SCHUH
EIN LINGEL SCHUH

Schuhhaus August Ebert
Luisenstraße 77
Telefon 2760

G & F - Weihnachts - Angebot

S & F - Festtags-Wein

aus eigener Kellerei
Rotwein vom Jah. Alter 70.-
Weißwein vom Jah. Alter 65.-
Preis nur bis einschl. Samstag gültig.

Tarragona Ausnahme-
Preis 110.-

29er Rhodter Schloß Weißw.	70.-
29er St. Martin	80.-
29er Edentobener	90.-
28er Oppenh. Rehweg	110.-
29er Liebsraumilch	160.-

Dürk. Feuerberg Rotw. 90.-

27er Roufflon Rotw. 130.-
Mustat Süßwein 90.-

Geschenkpäck., Weihnachtsgeb.

Geschenkbeutel
gefüllt mit Süßigkeiten 95.-

Spiegel-Auto mit Uhrwerk
u. aufleihen 50.-

1 Taf. Milchschokolade u. 55.-
1 „ Milchschokolade 55.-

1 Tafel 200 gr. 50.-
Milchschokolade

3 Tafeln 100 gr. Milchschokol. 70.-

Hauberlein-Zerkuchen, Taf. v. 45.- an

Spitz-Gebäck 1/4 Pfd. 25.-

Teegebäck 1/4 Pfd. 25.-

Weihnachts-Konfekt 1/4 Pfd. 25.-

Feinste Körner-Mastgänse treffen Freitag ein

Schade & Füllgrabe

Telefon 2371 Bad Homburg Luisenstr. 38 u. 81

S & F - Backartikel

Blütenmehl fein	25.-
Auszugsmehl feinstes	30.-
Magnetmehl doppelt gesiebt	32.-

Haselnußkerne pfd. 1.-

Mandeln	pfd. 1.80, 1.40
Sultaninen	pfd. 100, 60, 40.-
Ordnungsmalz	pfd. 60.-
Schweineschmalz rein amer.	80.-
Kosofett, Tafel	55, 43.-
Margarine, pfd.	80, 68, 48.-

Schwere Eier zum
Dolländ. Backen 10 St. 138

Gledeler la 10 St. 118.-

Tafel-Obst

Tafeläpfel, amerik.	pfd. 45.-
Mandarinen süße	3 Pfd. 85.-
Preis nur bis einschl. Samstag gültig.	
Orangen saftige	3 Pfd. 74.-
Walnüsse	pfd. 50.-
Haselnüsse	pfd. 60.-

S & F - Kaffee

1/4 Pfd 110 95 85 75 65 60.-

Im Dezember geben wir bei
Einkauf von 1 Pfd

G & F-Kaffee von N. 3.- an

eine schöne Konfekt-

Dose gratis!

3 Ausnahmetage bei Ullrich

Von Donnerstag, den 18. Dezember,
bis Samstag, den 20. Dezember.

Weißer Tischwein vom Jah. 65

Blut- u. Leberwurst Ia pfd. 72

Camembert-Käse Marke Ubbé 6-teil., Schach. 58

süße, saftige Mandarinen 3 Pfd. 85

HOMBURGER KAUFHAUS FÜR LEBENSMITTEL

Georg Ullrich 5% RABATT

Luisenstraße 33 Tel. 3081

Leibbinden u. Bruchbänder

aller Systeme

Plattfuß-Einlagen — Gummistrümpfe
in nur guter Qualität und großer Auswahl.

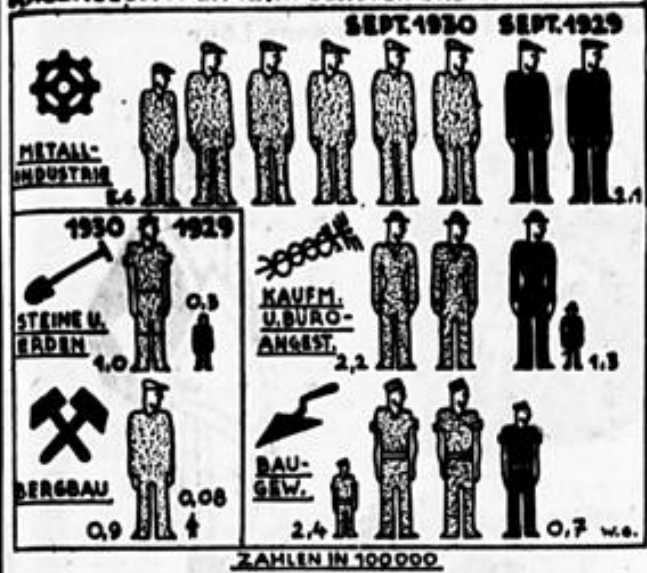
Sanitätshaus Carl Ott, G.m.b.H.

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Große Auswahl in
**Haar- u. Velour-
Damen - Hüten**
PH. MÖCKEL, Haarhutfabrik
Magazin: Dorotheenstraße 8
Der Verkaufsraum ist auch Sam-
tags bis 6 Uhr nachm. geöffnet.
Nur feinste Qualitäten Neueste Modelle.

Sämtliche
RUCKSACHEN
FÜR
Industrie, Behörden,
Familie und Vereine
liefern schnell und billigt die
Homburger Neueste Nachrichten
Prima Pferdefleisch
ohne Beilage Pfd. 50 Pfg.,
Würstchen 10 Pfg.,
Serrvalouist 1 Pfd. 1.- Mk.
Eckhardt Hardt, Töpferweg 1
Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Ders, Bad Homburg
für den Anzeigenteil: Jakob Klüber, Oberurzel.
Druck und Verlag: Otto Wagenbreth, Bad Homburg

ARBEITSLOSIGKEIT NACH BERUFEN UND GEWERKEN



Die Revision des Young-Plans.

Von Reichsminister a. D. Dr. Brüning, M. d. R., Berlin.

Immer lauter erschallt in der deutschen Öffentlichkeit der Ruf nach der Revision des Young-Plans. Die kritische Wirtschaftslage, in der sich Deutschland befindet, geht auf eine Reihe von Ursachen zurück; unter ihnen nehmen eine besondere Stellung die Tributlasten ein. Mögen sie gegenüber dem Gesamtaufwand der öffentlichen Hand auch nur etwa den Betrag von 6 vom Hundert ausmachen, so drücken doch diese 1700 Millionen Rmk. außerordentlich schwer. Dazu kommt, daß alle anderen Aufwendungen schließlich im Lande bleiben, während das Geld ohne Gegenleistung ins Ausland fließt und dazu beiträgt, auf der einen Seite die Kapitalarmut Deutschlands zu vergrößern, auf der anderen Seite die Rückkehr normaler Verhältnisse auf dem internationalen Geldmarkt zu erschweren.

Angesichts dieses großen Notstandes ergibt sich die Frage, welche Wege Deutschland offenstehen, um die Revisionsfrage aufzuwerfen und, was wichtiger ist, sie zu einem glücklichen Ende zu bringen. Daß die Vorschläge, einfach die Zahlungen einzustellen, und nicht weiterbringen, liegt auf der Hand.

Zur Revision können demnach nur die Wege beschritten werden, die der Young-Plan selbst aufweist. Um diese Revisionsmöglichkeiten ist gekämpft worden. Sie sind ausdrücklich Deutschland zugestanden worden. Nach dem Young-Plan hat Deutschland das Recht, jederzeit ein Transfer-Moratorium zu beantragen, d. h. die Umwandlung deutschen Geldes in Dollars auf zwei Jahre aufzuheben. In einem solchen Falle muß der Beratende Ausschuss der Bank für Internationale Zahlungen sofort einberufen werden, der bei Licht besehen nichts anderes als die Sachverständigen-Konferenz, die seinerzeit den Young-Plan aufgestellt hat. Er soll Mittel und Wege finden, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Aber die Einberufung dieses Beratenden Ausschusses kann die deutsche Reichsregierung auch verlangen, ohne ein Moratorium zu erklären, wenn sie darlegt, daß sie in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausstehenden Teils der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten. Es ist klar, daß man, wenn irgend möglich, den zweiten Weg vorziehen wird. Jede Erklärung eines Moratoriums bedeutet schwerste Erschütterung des Kredits. Die Milliarden ausländischen Geldes, die kurzfristig in Deutschland arbeiten, würden schleunigst zurückgezogen, neuer Kredit nicht gewährt werden. Deshalb ist der zweite Weg vorzuziehen, der, wie erwähnt, nichts anderes bedeutet als die Einberufung einer neuen Sachverständigen-Konferenz. Gewiß erklärt ausdrücklich der Young-Plan, daß die Beschlüsse des Beratenden Ausschusses für die Regierung nicht bindend sind. Aber die Regierungen werden sich diesen Beschlüssen ebensoviele entgegen können, wie sie sich den Vorschlägen des Young-Ausschusses entzogen haben.

Was soll die deutsche Reichsregierung diesen Schritt unternehmen? Offenbar nur in einem Zeitpunkt, in dem dieser Schritt Aussicht auf Erfolg hat. Von denjenigen, die heute die sofortige Erklärung eines Moratoriums verlangen, ist gerade in der Vergangenheit der deutschen Regierung der schwerste Vorwurf gemacht worden, daß die Verhandlungen über den Young-Plan verfrüht gewesen wären. Es müssen zunächst die Voraussetzungen vorhanden sein; denn wenn auch das Recht, einen Transfer-Ausschub zu verlangen, Deutschland voraussetzungslos zusteht, so liegt auf der Hand, daß ein solcher Schritt nur von Erfolg sein kann, wenn die kritische Wirtschaftslage Deutschlands dies Verlangen gerechtfertigt erscheinen läßt. Niemand wird leugnen, daß diese kritische Wirtschaftslage vorhanden ist, daß, wie der Reichsaussenminister Dr. Curtius vor kurzem im Reichsrat erklärte, ein Erdbeben in allen wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands seit der Unterzeichnung des Young-Plans eingetreten ist. Dazu kommt ein Zweites: die Veränderung der Kaufkraft des Geldes. Wenn auch die Geldlauflage fortgefallen ist, so bleibt doch der Grundlag bestehen, daß solche Veränderungen eine Berücksichtigung finden müssen. Ausdrücklich hat sich der Vater des Young-Plans, Owen Young, in seiner Rede, die er in New York gehalten hat, zu dieser Auffassung bekannt, in dem er sagt: „Es ist ganz natürlich, daß in Zeiten fallender Waren- und Fondspreise die Schuldner eine Neuregelung ihrer Verpflichtungen wünschen.“

So sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Revision gegeben. Aber zum Erfolg gehören auch die psychologischen. Sie müssen von Deutschland nach zwei Richtungen geschaffen werden. Zunächst muß Deutschland, wie der Reichsfinanzminister Brüning immer wieder betont hat, seine eigene Finanzreform durchzuführen, um den Beweis zu erbringen, daß Deutschland aus eigenen Kräften die äußersten Anstrengungen macht, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Zweitens muß man sich fragen, auf wen es bei der Revision des Young-Plans in erster Linie ankommt. Merk würdigerweise richten sich die Augen zum Teil nach Frankreich. Aber der Schlüssel liegt nicht bei Frankreich, sondern bei den Vereinigten Staaten von Amerika. Obgleich der Young-Plan keinen rechtlichen Nexus zwischen den Zahlungsverpflichtungen Deutschlands an die Alliierten und der Alliierten gegenüber Amerika konstruiert, sind solche Zusammenhänge vorhanden. Die Annuitäten sind so abgestuft, daß sie die Alliierten instand setzen sollen, ihre Schuld an Amerika abzutragen und gleichzeitig noch einen Betrag zur Deckung ihrer eigenen Kriegskosten übrig zu behalten, einen Betrag, der für Frankreich besonders groß ist. Heute bricht sich auch in den Vereinigten Staaten, wie die Rede von Owen Young beweist, der Gedanke Bahn, daß die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, unter der auch die Vereinigten Staaten so schwer leiden, eine Revision des Young-Plans zur Notwendigkeit machen. Es ist das große Verdienst des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht, auf seiner Vortragsreise in den Vereinigten Staaten das Gewissen Amerikas wachgerüttelt und, was wichtiger ist, die Bürger der Vereinigten Staaten auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge, die sie einstweilen im Taumel der Prosperität vollkommen übersehen haben, hingewiesen zu haben. Aufgabe der Reichsregierung ist es, diese Erkenntnis zu fördern, sich nicht zu unüberlegten Handlungen Revision zu erkennen, aber dann auch unverzüglich und durchdringend zu lassen, sondern den richtigen Zeitpunkt für die greifend zu handeln.

Vorsicht mit Weihnachtsbäumen.

Die Weihnachtszeit rückt heran. Es empfiehlt sich, bei der Aufstellung von Weihnachtsbäumen Vorsicht walten zu lassen, da sonst leicht Brände entstehen können. Für die Behandlung der Weihnachtsbäume nachstehend einige wichtige Richtlinien:

1. Der Weihnachtsbaum soll einen schweren, festen Fuß haben, in dem der Stamm des Baumes ordnungsgemäß und sicher befestigt sein muß, damit ein Umfallen vermieden wird.
2. Man vermeide Unterlagen aus Teppichen, Luchern und Papier.
3. Man stelle den Weihnachtsbaum frei im Zimmer auf, von Gardinen und Türvorhängen soweit entfernt, daß Zugluft sie den Kerzen nicht nabekommen kann.
4. Die Kerzen müssen haltbar befestigt sein.
5. Man vermeide möglichst jeden Papier- und Zelluloidschmuck.

wurde das so angepaßt, daß Vera Reese als das Opfer Lamonts erscheinen mußte.

Dagmann kannte die Geisteslagen seines Opfers sehr genau. Er wußte, daß sein Chef gewöhnlich einen graublauen Velourhut trug und daß er die Marke „Supralta“ mit Vorliebe rauchte. Schleunigst also kaufte er sich einen graublauen Velourhut und eine Schachtel „Supralta“. Dann fuhr er mit der Reese in deren Wohnung.

Als er dem Auto entstieg, wurde er zwar von einigen Leuten gesehen; aber die beschrieben ihn schlant, glattrasiert, brauner Mantel, grauer Velourhut. Das war eine Beschreibung, die gerade auf Sie, Herr Regierungsrat, paßte, und die dem Dagmann erwünscht war. Daher wurde auch in der Wohnung der Reese eine „Supralta“ nach der anderen geraucht. Wie der Mord geschehen ist, können wir uns ja vorstellen. In einem unbeobachteten Augenblick bekommt die Reese einige Tropfen Laudanum in den Likör, und als sie dann tot war, suchte Dagmann das Weite.

Nun hatte Dagmann noch eine sehr schwierige Arbeit zu erledigen. Er mußte ja noch das Motiv dafür schaffen, daß Lamont die Reese ermordet haben sollte. Zu diesem Zwecke hatte er ihr den Brief diktiert, der bei Ihnen, Herr Lamont, im Papiertorb gefunden wurde. Wie aber schmuggelte er diesen Brief in Lamonts Wohnung? Sie, Herr Lamont, werden durch ein Telefongespräch geschickt in die Nähe der Mordstelle gelockt. Sie, Fräulein Lamont, machen nachmittags ihre Besorgungen; das wußte Dagmann. Während Ihrer Abwesenheit öffnete er Ihre Wohnung — das war eine Kleinigkeit für ihn — und warf die Fäden des Briefes in den Papiertorb.

Er wußte, daß in Ihrer Wohnung Nachforschungen angestellt würden. Dazu gehörte nicht viel Kombinationsgabe. Es war seine Absicht, daß man die Fäden des Briefes bei Ihnen finden sollte. Gerade dadurch mußte Ihr Mord an der Reese plausibel und erklärlich erscheinen.

Aber Dagmann ging zu schlau vor. Er hatte uns das gewichtigste Indiz gegen ihn eigentlich selbst in die Hand

6. Auf die Verwendung der sogenannten Wunderkerzen, die durchaus nicht so ungefährlich sind, wie gesagt wird, verzichte man lieber ganz.
7. Die Kerzen des Baumes zünde man in der Reihenfolge von oben nach unten an, da man umgekehrt seine Kleider und sich selbst in Feuersgefahr bringt.
8. Die Kerzen eines trockenen und daher besonders feuergefährlichen Tannenbaumes zünde man nicht mehr an.

Aus aller Welt.

Die Tarifverhandlungen für den Einzelhandel gescheitert. Die Gehaltsverhandlungen im Berliner Einzelhandel sind gescheitert. Die Arbeitgeber erklärten in den Verhandlungen, die Gehälter der Angestellten um 10 v. h. kürzen zu müssen. Der einzige Vorschlag, der gemacht werden könnte, sei der, daß das bestehende Gehaltsabkommen bis zum 31. Januar verlängert würde und daß dann neue Gehaltsverhandlungen stattfinden. Die Angestelltenvertreter wiesen die Forderung auf 10prozentigen Gehaltsabzug ab und verlangten zum mindesten eine Verlängerung des Gehaltsabkommens bis zum 28. Februar. Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel wird zu der Forderung der Angestellten noch einmal Stellung nehmen, doch erklärten die Vertreter des Verbandes gestern schon, daß dieser Vorschlag kaum Annahme bei den angeschlossenen Mitgliedsfirmen finden könnte. Die Angestelltenorganisationen nahmen noch Stellung, wonach eine gemeinsame Besprechung zwischen den Angestelltenverbänden in einigen Tagen stattfinden soll.

Die Schwierigkeiten im Blei-Konzern. Zu der Meldung über Schwierigkeiten im Blei-Konzern wird zur Vermeldung von Zeitungen ergänzend mitgeteilt, daß es sich bei dem vom Grafen Praschma bis zum 15. Februar 1931 gewährten Moratorium nicht um ein Moratorium für den eigentlichen Blei-Konzern handelt. Graf Praschma steht zwar zum Blei-Konzern in Beziehungen, aber nur in mittelbaren. Die Moratoriumsverhandlungen der dem Blei-Konzern angehörenden Stichtoffwerke: H. G. Waldenburg, sind noch nicht abgeschlossen. Die Aussichten für die Gewährung eines Moratoriums sollen jedoch, wie wir erfahren, günstig stehen. Beim Zustandekommen eines Stichtoffkonzerns und bei weiterer Abwicklung dürften die Gläubiger keine Verluste erleiden.

Um die Heidelberger Schlosswirtschaft. In der Frage der Schlosswirtschaft in Heidelberg ist eine Bewegung im Gange, die darauf hinführt, nicht die alte Gartenwirtschaft wieder in Betrieb zu bringen, sondern doch irgendwie im Schloss Wirtschaftsräume zu schaffen, ähnlich wie es bisher beabsichtigt war. Man geht dabei davon aus, daß die Unterzeichner des Protestes in ganz Deutschland größtenteils nicht genau unterrichtet waren und eine schwere, in Wirklichkeit aber nicht eintretende Beeinflussung der Stimmung im Schloss befürchteten. Viele von ihnen seien inzwischen anderer Ansicht geworden, nachdem sie die Pläne kennen gelernt hätten. Auch in Heidelberg sei man, so heißt es, nicht etwa allgemein gegen die Schlosswirtschaft, sondern in der Hauptsache nur gegen die Verwendung des Gartens eingestellt. Es ist daher damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit der Plan (vielleicht ein wenig umgestaltet) der Regierung neuerdings vorgelegt wird.

Die Speyerer Schiffbrücke beschädigt. Wegen Beschädigung der Schiffbrücke bei Speyer durch einen zu Tal fahrenden Dampfer mußte der Eisenbahnverkehr nach Speyer über Lufthof eingestellt werden. Die Züge verkehren bis auf weiteres nur bis und ab Lufthof. Der gesamte Verkehr nach Speyer wird über Mannheim-Ludwigshafen umgeleitet. Ueber die Brücke wird Fußgängerverkehr aufrecht erhalten. Die Wiederherstellung der Brücke wird voraussichtlich mehrere Tage beanspruchen.

Preiserhöhung in Oberbaden. Die Bäckermeister der Amtsbezirke Lörrach, Schopfheim und Säckingen haben sich mit den genossenschaftlichen Bäckereibetrieben dieser drei Amtsbezirke verständigt und werden die in der Notverordnung vorgeschriebenen Brotgewichte einführen und gleichzeitig die Preise um einen Pfennig pro Pfund weiter senken.

5 7 Uhr abends

Roman von Paul Glemos
Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Dagmann hatte für alle Fälle die Vera Reese zu sich in die Wohnung bestellt. Er wußte noch nicht genau, wozu er sie brauchte. Er wollte erst das Ergebnis der Verhandlung abwarten. Auf jeden Fall war es gut, wenn er sie zur Reserve zur Stelle hatte. Die Verhandlung hatte nun zwar die Befürchtung Dagmanns nicht wahr gemacht, daß Sie, Herr Rechtsanwalt, den Sachverhalt durchschaut hätten, aber die Verhandlung machte die andere Befürchtung Dagmanns wahr, daß Lamont vielleicht rehabilitiert wurde. Dagmann wollte aber doch gar zu gern erster Direktor werden und mußte deshalb sie beiseite, Herr Lamont.

Zu diesem Zwecke also mußte die Reese in Funktion treten. Dagmann kaufte sich in einem Papierladen am Peterplatz Briefpapier, so wie er es dem Geschmack der Reese zutraute. Zu Hause angekommen, fand er die Reese bereits anwesend. Er machte ihr klar, daß sie zwei Briefe zu schreiben habe. Wahrscheinlich hat die Reese etwas gedögert und Bedenken geäußert; aber er hat sie damit bestärkt, daß sie nicht vor Gericht geladen würde; daß es genügt, wenn sie ihre Aussage schriftlich. Beim Rechtsanwalt macht. Die Reese hat sich deshalb in ihrer gutmütigen Dummheit, die den Straßenmädchen zuweilen eigen ist, ohne weiteres bereit gefunden, die beiden Briefe nach Diktat zu schreiben.

In Wirklichkeit lag es allerdings von vornherein in dem Plan Dagmanns, die Reese nicht vor Gericht kommen zu lassen. Er kannte das Mädchen als dumm und schwach und rechnete damit, daß es vor Gericht aus lauter Dummheit die Entscheidung der beiden Briefe aufdecken würde. Es stand daher von vornherein in seinem Programm, die Vera Reese auf die Seite zu schaffen. Selbstverständlich

gegeben. Ich meine die Fingerabdrücke. Der Brief, der bei Ihnen gefunden wurde, Herr Regierungsrat, trägt verschiedene Fingerabdrücke. Woher können diese Fingerabdrücke stammen? Zunächst von Herrn Staatsanwalt Seiden, der ihn bei Ihnen gefunden hatte und dessen Fingerabdrücke wir deshalb verglichen haben, sodann von uns Volkisten, und endlich von Ihrem Fräulein Schwester und Ihnen, vorausgesetzt, daß der Brief durch Ihrer Schwester oder Ihre Hand ging. Die Fingerspuren, die wir nun fanden, stammten aber weder von Herrn Staatsanwalt Seiden, noch von uns, noch von den Geschwister Lamont, noch von der Reese. Es mußte also der Brief noch durch die Hand eines anderen gegangen sein. Genau dieselben Fingerspuren fanden wir an dem Brief, den Rechtsanwalt Jsenbeil erhielt. Diese Fingerspuren waren dieselben wie die am Likörglas, das während des Mordes in der Reeseschen Wohnung benutzt wurde.

Alles andere war dann eine Kleinigkeit. Ich hatte festgestellt, daß Dagmann seine zerbrochene Uhrkette bei einem Uhrmacher in der Vorstadt nach dem fünften Februar hat reparieren lassen und bekam dadurch noch einen weiteren Hinweis auf seine Schuld. Die Tätigkeit, die wir seit gestern abend entwickelten, bestand eigentlich nur darin, denjenigen des Mordes zu überführen, den wir schon als den Mörder in Verdacht hatten.

Als Doktor Carsten mit seinem Bericht fertig war, gelitzten die Anwesenden nicht mit Dank und Lob für ihn und Gambacher. Sie beide waren für Lob nicht ganz unempfindlich und ließen sich für einige Zeit den Hymnus der Huldigungen gefallen. Dann verabschiedeten sie sich voneinander. Aber Lamont nahm den Kortzieher zur Seite:

„Sie wollten doch mir und Fräulein Andersen noch einen weiteren Punkt aufklären.“

„Ach so“, lachte der Kortzieher. „Haben Sie noch einen Raum, in dem wir zu dritt beraten können?“ und er winkte Viola, ihnen zu folgen

(Zusatz folgt.)

□ Vom Zuge überfahren und getötet. Auf der Straße Muggensturm—Rastatt bei Kilometer 94/100 wurde ein bis jetzt noch unbekannter junger Mann vom Zuge überfahren und ihm der Kopf vom Rumpf abgetrennt. Im Mantel und in der Uhr befindet sich das Monogramm M. S.

□ Verbot der Fastnachtstreiben in Württemberg. Durch Verordnung des württembergischen Innenministeriums ist für das Jahr 1931 jedes Fastnachtstreiben auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten worden.

□ Eine Hochkaplerin in Männerkleidung gefaßt. In Stuttgart wurde die Hochkaplerin gefaßt, die kürzlich im Randertal in Tannentisch eine goldene Uhr stahl, nachdem sie verschiedene Betrügler und Beschneidungen in Männerkleidung verübt hatte und nach Basel verschwand, wo sie ebenfalls sich Beschneidungen zuschulden kommen ließ. Es handelt sich um die 17 Jahre alte Oesterreicherin Susanne Wimmer.

□ Eine Familie durch Leuchtgas vergiftet. Die Familie eines in der Trappentstraße in München wohnenden Straßenbahnfahrers — Mann, Frau und eine 17 Jahre alte Tochter — wurde bewußlos in der Wohnung aufgefunden. Alle drei waren durch ausströmendes Gas betäubt worden. Während sich die Tochter rasch wieder erholte, mußten die Eltern ins Krankenhaus eingeliefert werden.

□ Ernstlicher Autounfall des Grafen Ludner. Graf Ludner wurde in Illinois bei einem Autounfall ernstlich verletzt. Er hat das Schlüsselbein sowie mehrere Rippen gebrochen und befindet sich im Krankenhaus, wo er wahrscheinlich mehrere Wochen an das Bett gefesselt sein wird.

□ Großer Brand in einem kalifornischen Seebad. In früher Morgenstunden gerieten 15 Häuser eines mondänen Strandortes in Los Angeles infolge einer Explosion in Brand. Das Feuer wütete drei Stunden lang. Sämtliche Häuser wurden gänzlich zerstört. Die Bewohner, Filmschauspieler- und -schauspielerinnen, konnten nur das nackte Leben retten. Der Sachschaden ist bedeutend.

Aus dem Gerichtssaal.

□ Wegen Mordes an seiner Geliebten zum Tode verurteilt. Nach zweistündiger Verhandlung vor dem Flensburgischen Schwurgericht wurde der Lagerarbeiter Peter Möller aus Hamburg wegen Mordes zum Tode verurteilt. Außerdem erhielt er wegen Raubmordes und Unterschlagung eine Zuchthausstrafe von 24 Jahren. Möller hatte in der Nacht zum 26. Januar d. J. in Kroppenhufen die Scheune des Landmanns Bree in Brand gesteckt. Aus den Trümmern wurde dann die Leiche der aus Hamburg stammenden Erna Martin geborgen, mit der Möller ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Möller hatte zu seiner Verteidigung behauptet, er und seine Geliebte hätten Selbstmord begehen wollen. Während aber die Martin die Tat auch ausgeführt habe, sei er davon gelaufen. Die Beweisaufnahme stellte jedoch klar, daß die Martin von Möller umgebracht worden ist.

□ Das Urteil im Gölitzer Landfriedensbruchprozeß. Das Gericht verurteilte im Landfriedensbruchprozeß das Urteil. Die Angeklagten Holland und Kössner werden zu je einem Jahr Gefängnis, Hillich zu acht Monaten Gefängnis, Klaber, Kleint und Alfred Sturm zu je sechs Monaten Gefängnis, Hans Thäcker zu je fünf Monaten Gefängnis, Walter Blume und Thäcker zu je fünf Monaten Gefängnis, Knobloch und Frau Sturm zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Korsch, Klaber und Merger werden freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten voll angerechnet. Der gegen die Angeklagten-Kössner und Holland erlassene Haftbefehl wird aufrechterhalten, gegen die übrigen wird der Haftbefehl aufgehoben.

Der pädagogische Wert der Leibesübungen.

Auf Veranlassung des Hamburger Staatsamts für Leibesübungen hielt Generalsekretär Dr. Carl Dieckmann einen Vortrag über das Thema: „Durch welche Form der Leibesübungen ist die Jugend erzehlich zu beeinflussen. Der Redner führte u. a. aus:

„Ich glaube, wir können den gesunden Satz aufstellen, daß eine gute Körperlichkeit der Untergrund aller Kultur, aller Bildung, alles Menschenschicksals überhaupt ist. — Man kann zunächst sagen, daß jede Form der Leibesübung

soweit wirkt, als sie angestrengt, um ganz einfach zu sagen, als sie schweißtreibend ist, als sie außer Atem bringt. Mit diesem Maßstab kommen wir weiter, als es zunächst den Anschein hat. — Herz und Lunge entfalten sich nur, wenn sie gründlich beansprucht werden, und das geschieht als Gegenreiz gegen das viele Herumhängen durch den Lauf. Wir müssen unsere Jugend erst wieder einmal richtig auf elastische Beine stellen. Lauf und Lauspiele gehören daher zu den wichtigsten Leibesübungen, mit denen wir den Körper der Jugend beeinflussen.

Körpererziehung muß vielseitig und wechselreich sein. Man möge sich das fürs Leben merken, daß bei einem lebensvollen Menschen die sportlichen Reigungen alle fünf Jahre zu wechseln haben. Mit Vielseitigkeit und Wechselreichtum vermeiden wir den

Hauptfehler des Sports:
Einsseitigkeit, woraus körperliche Ueberanstrengung und geistige Verblöding entsteht. Ein Turn- und Sportpflichtgesetz besteht bei uns nicht.

Wir müssen unseren Betrieb rationalisieren. Er muß bescheiden sein und darf den Charakter des Spiels, der heiteren Erholung nicht verlieren. Man wird einen Wettkampf, auch einen olympischen, ernsthaft bestreiten, aber dabei das Bewußtsein bewahren, daß es sich nur um ein Spiel handelt. Wir müssen unseren Betrieb vielseitig machen. Die Zeiten des Spezialsportvereins sind vorbei. Es darf nicht ein Sport, sondern im allgemeinen oder, wenn man will, Körperkultur im Programm stehen, so daß der einzelne zunächst von vornherein vielseitig sein muß und außerdem Gelegenheit hat, das Programm zu wechseln.

Aus unserem neuen Roman:

„Liebe macht demütig“ Von Johanne Löhr



Die Personen



Eugenie

Waldungens Schwester



Geheimrat Eppen



Die Zofe Emma

Die Unfallversicherungspflicht für Turn- und Sportvereine.

Eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes.

Das Reichsversicherungsamt hat am 11. November grundsätzlich folgendes entschieden: „Vereinigungen von Personen zum Zwecke der gemeinsamen Ausübung des Sports oder Turnens sind weder Einrichtungen oder Tätigkeiten im Gesundheitsdienst noch solche in der freien Wohlfahrtspflege im Sinne des Paragraph 537 Absatz 1 Nr. 4b der Reichsversicherungsordnung.“

In der Begründung zu dieser Entscheidung wird u. a. ausgeführt: „Zu den Einrichtungen und Tätigkeiten im Gesundheitsdienst im Sinne der genannten Gesetzesvorschrift gehören danach einerseits die Einrichtungen und Tätigkeiten, welche die Beseitigung oder Besserung eines krankhaften Zustandes oder die Pflege eines pflegebedürftigen Menschen bezwecken, andererseits diejenigen, die eigens den Zweck haben, die Gesundheit des einzelnen oder der Allgemeinheit vor ihr unmittelbar drohenden Gefahren zu schützen, d. h. eine unmittelbar drohenden oder nach Lage des Falles in absehbarer Zeit zu erwartenden Schädigung der Gesundheit vorzubeugen, wie beispielsweise ärztliche Beratungsstellen, Desinfektionsbetriebe und dergleichen mehr. Auch bei ihnen bildet die Sorge um die Gesundheit

des gefährdeten Menschen den Hauptzweck. Dagegen können solche Einrichtungen und Tätigkeiten nicht als Einrichtungen und Tätigkeiten im Gesundheitsdienst im Sinne des Gesetzes angesehen werden, die lediglich auf Förderung oder Stärkung der Gesundheit des an sich gesunden, also der Behandlung, Pflege usw. nicht bedürftigen Menschen, vielmehr auf seine Erhaltung in körperlicher und geistiger Beziehung abzielen.

Es liegt nicht in der Absicht der Sport- und Turnvereine, bei ihren Mitgliedern krankhafte Zustände zu beseitigen oder zu bessern, wenn auch vielleicht das eine oder andere Mitglied auf Anraten des Arztes dem Sport oder Turnen in dem Verein obliegt; sie bezwecken auch nicht den Schutz der Gesundheit ihrer Mitglieder gegen ihr unmittelbar drohende Gefahren. Bei ihnen handelt es sich vielmehr um einen Zusammenschluß von Personen, die einem Sport oder dem Turnen obliegen wollen.

Es wäre weder mit der Auffassung der beteiligten Kreise noch mit der der Allgemeinheit zu vereinigen, wenn man behaupten wollte, ein Sport- oder Turnverein treibe Gesundheitsdienst an seinen Mitgliedern. Es läßt sich höchstens sagen, daß die einzelnen Mitglieder etwas für ihre Gesundheit förderliches tun, wenn sie an den Übungen eines solchen Vereins teilnehmen.

Der Umstand, daß derartige Vereine vielfach vom Staat oder von Gemeinden mit Geldbeträgen unterstützt werden, die aus den Haushaltsmitteln für Gesundheitspflege entnommen sind, ist nicht geeignet, sie aus diesem Grunde versicherungsrechtlich als „Einrichtungen im Gesundheitsdienst“ anzusehen. Die in ihnen beschäftigten Angestellten, wie Sportlehrer, Turnwarte, Trainer usw. wie auch die in ihnen ehrenamtlich Tätigen unterliegen daher nicht aus diesem Gesichtspunkte der Unfallversicherung.“

Verantwort für den redaktionellen Teil: S. Herz, Bad Homburg.
für den Anseratenteil: Jakob Klüber, Oberurzel.
Druck und Verlag: Otto Wagenbreth, Bad Homburg

Die „Bodenreform“ in der Tschechei.

Sehr mit Recht ist kürzlich darauf hingewiesen worden, daß die stillen Vorgänge wirtschaftlich-administrativer Natur an den tschechoslowakisch-deutschen Grenzen vom nationalen Standpunkt oft mehr zu besagen haben als die lauter erörterten Krawall- und Prestigeaffären. Denn hier wird die im Binnenlande immerhin noch wirtschaftlich verschleierte Enteignungsaktion ganz offen in rein nationalpolitischen Sinne durchgeführt. Der „unzuverlässige“ deutsche Adel soll von den Grenzen entfernt werden, und während dabei die deutschen Anliegergemeinden den für sie so notwendigen Waldbesitz nur in seltensten Fällen zugewiesen erhalten, nimmt der tschechoslowakische Staat fast alles in eigene Hand, das heißt: es verschwinden die deutschen Auffrischten, verschwindet das deutsche Forstpersonal, kurz — alles, was daran erinneren könnte, daß es sich hier eigentlich doch um deutschen Volksboden handelt.

Kam dabei zunächst vor allem der Böhmerwald in Frage, so sehen wir nun, wie sich die Tendenz auch in den nördlichen Grenzgebieten Böhmens ausbreitet. Die schönsten Punkte der „Sächsischen Schweiz“, wie das Hotel von Herrnsdorf und das Prebischtor, werden kurzerhand in das Eigentum des tschechoslowakischen Staates übergeführt. Und ist irgendwo ein Großgrundbesitzer auszumitteln, an dem sich der Verschlagnahme des Bodensamts noch nicht zur Verneinung bewährt hat, so ist gleich die Rede von Korruption, und die tschechische Presse gibt über die Personalien der scheinbar Bevorzugten nationalpolitisch so eindeutige Auskünfte, daß die Behörde, wie sie nun einmal ist, der Frage nicht wohl ihr Ohr verschließen kann.

Von wirtschaftlichen Bestimmungsgründen gar keine Rede: Hauptsache ist vielmehr, ob der Betreffende Franzose oder Deutsche ist, ob er deutschen Personal bevorzugt hat oder nicht, wie sich sein Vater politisch verhalten pflegte usw. Woraus ganz offen der Schluß zu ziehen ist: wäre er ein richtiger Franzose, dann könnte eben über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, von denen ja nach außen hin die Bodenreform inspiriert sein will, hinweggesehen werden. Bei Deutschen gibt es das nicht.

Interessant ist bei alledem doch auch, die vom „Gesetz Slovo“ gemachte Feststellung, daß unter der Verwaltung des Staates die Wälder für die Bevölkerung in unerträglichster Weise verschlossen sind, während sie als Eigentum deutscher Adelsfamilien — allgemein zugänglich waren, was ja nun auch wieder auf den „sozialpolitischen“ Grundzug der Bodenreform ein seltsames Licht wirft.

Gedenktage.

1594 * Gustav (II.) Adolf von Schweden in Stockholm († 1632). — 1741 † Der Nordpolarreisende Vitus Bering auf der Verlinginsel (* 1680). — 1790 * Der englische Polarforscher Sir William Edward Parry in Bath (1855). — 1909 † Die Tragödin Klara Ziegler in München (* 1844).

Wetterbericht.

Das Isanblitz steht in Fühlung mit einem jenseits der Alpen gelegenen Tiefdruckgebiet, liegt aber fest, daß ihm der normale Abzug nach Osten durch das noch verstärkte finländische Hochdruckgebiet versperrt ist.

Voraussetzliche Witterung: Vorwiegend trüb, leichte Regenfälle nicht ausgeschlossen, Temperaturen um Null.